

INFORMATION KOSA

Koordination Südliches Afrika e.V.

Kein Schaden für Versöhnung

Ehemalige Mitglieder der Wahrheitskommission unterstützen Klage der Apartheidopfer - Erfolgreiche Eilaktion von KOSA

Eine bemerkenswerte Zahl von Unterstützungsschreibern aus der deutschen Solidaritätsbewegung für die Berufungsklage der Apartheidopfer ist zum 30. August an das New Yorker Bezirksgericht geschickt worden, das die Entschädigungsklage nicht zulassen will. Die sogenannten amicus curiae-Schreiben kritisieren die Ablehnung der Klage und die Argumentation des Gerichts, das "Geschäftemachen" in Südafrika während der Zeit der Apartheid nicht als Menschenrechtsverletzung anerkennen will und die Entschädigungsklage deshalb abgewiesen hatte. Unterstützt wird die Berufung der Opferorganisation Khulumani in einer Eilaktion von KOSA, der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA,

der Aktion Bundesschluss, Kairos Europa, medico international, den Frauen für Gerechtigkeit, dem Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, der Afrika-Abteilung von Brot für die Welt und prominenten Einzelpersonen wie dem Theologen Ulrich Duchrow und dem Völkerrechtler Norman Paech.

Die internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung hat die Unterstützungsschreiben vor allem in Südafrika, den USA, der Schweiz und Deutschland gesammelt. Anders als bei der Unterstützung für die ursprüngliche Entschädigungsklage im letzten Jahr beziehen sie sich diesmal auf alle drei Stränge der Apartheidklagen - nicht nur auf die Klage von Khulumani,

sondern auch die von Ntzebeza und Digwamaje. Die beiden letzteren haben ihre Argumentation verbessert und würden ohnehin auf der Ebene des Second Circuit, eine Instanz zwischen Distriktsgericht und Obersten Gerichtshof der USA, gemeinsam verhandelt.

Gegen richterliche Ignoranz

Die Unterstützungsbriefe konzentrieren sich auf einen vom Zentrum für Verfassungsrechte in New York erstellten beispielhaften amicus curiae-Brief von 27 Seiten. Er wendet sich gegen die Ignoranz in der Ablehnung der Entschädigungsklage durch den Richter John Sprizzo, der die internationale Ächtung der Apartheid als "Verbrechen gegen die Menschheit" klein geredet hatte. Richter Sprizzo, so heißt es in dem Brief, habe die irrije Meinung vertreten, dass Apartheid keine grundlegende Verletzung internationalen Rechts gewesen sei. Deshalb müssten die Klagen zugelassen werden.

Das größte Gewicht unter den sechs amicus curiae-Briefen hat ein Schreiben vieler ehemaliger Mitglieder der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC). Zu den Unterzeichnern gehört Bischof Desmond Tutu, damals Vorsitzender der TRC. Ihr Brief widerlegt das zentrale Argument des ehemaligen Justizministers Penuell Maduna, dass die Entschädigungsklagen der Opfer und Überlebenden der Apartheid kontraproduktiv für den von der TRC angestrebten Versöhnungs-



Berufung eingelegt: Anwalt Michael Hausfeld und Thandi Shezi von Khulumani (Foto:KOSA)



prozess sei. Er zeigt deutlich, dass die Klagen im Einklang mit den Ergebnissen der TRC über die Rolle der Wirtschaft während der Apartheid stehen. Keiner der beklagten 23 Konzerne ist der Einladung der TRC gefolgt, Rechenschaft über ihre Apartheidgeschäfte abzulegen. Deshalb könnten sie jetzt keine Amnestie beanspruchen, sondern müssten sich vor einem zivilen Gericht den im TRC-Abschlussbericht gegen sie erhobenen Vorwürfen stellen. Maduna hatte sich 2003 mit einer eidesstattlichen Erklärung zugunsten der beklagten Firmen in den Prozess eingeschaltet - unter anderem auf Druck der US-Regierung. Sein Argument, die Klagen würden zukünftige Investitionen beeinträchtigen, wird im Brief der TRC-Mitglieder entkräftet. Der Weg für ein gerechtes Wachstum werde durch die Aufarbeitung erst frei.

Verhängnisvolle Folgen

Madunas Erklärung hat mittlerweile verhängnisvolle Folgen gehabt: Ein Berufungsgericht in Columbia bezog sich im Juni 2005 auf seine Argumentation, als es die Entschädigungsklagen der so genannten "comfort women" aus Korea, den Philippinen, China und Taiwan zurückwies, die im Zweiten Weltkrieg in den von Japan besetzten Gebieten missbraucht worden waren. Um solchen Schaden von weiteren Menschenrechtsprozessen abzuwenden, hat Khulumani die südafrikanische Regierung am 30. Juni aufgefordert, die Justizministererklärung zurückzuziehen. Der Vorfall macht deutlich, wie wichtig die Zulassung der Apartheidklagen ist, damit die Konzerne gezwungen werden, ihre Akten und Archive zu öffnen und die Wahrheit über ihre Komplizität mit dem Apartheid-Regime ans Licht kommt.

Theo Kneifel

Afrikaner setzen EU unter Druck für Handelsalternativen

In den vergangenen Wochen hat sich der Druck auf die Europäische Union (EU) erhöht, ihr Verhandlungsmandat gegenüber den 77 Staaten Afrikas, Asiens und des Pazifik (AKP) zur Neugestaltung der Handelsbeziehungen zu korrigieren. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan, aber auch Botswanas Präsident Festus Mogae sowie der kenianische Handelsminister Mukhisa Kituyi äußerten sich kritisch über den gegenwärtig von der EU verfolgten Ansatz bei der Verhandlung von ökonomischen Partnerschaftsabkommen (EPAs).

Integration wird unterlaufen

Anlässlich der Tagung der afrikanischen Handelsminister im Juni in Kairo erklärte das African Trade Network: „EPAs sind ... Freihandelsabkommen zwischen ungleichen Partnern, die die Regionen Afrikas in unausgewogener Weise an Europa binden und die Rechte afrikanischer Produzenten, der Wirtschaft und regionale Integrationsbestrebungen unterlaufen würden.“ Seit Monaten fordert die StopEPA-Kampagne eine stärkere Entwicklungsorientierung und eine frühzeitige öffentliche Diskussion über handelspolitische Alternativen.

Dem Cotonou-Abkommen zufolge ist die EU verpflichtet, AKP-Staaten, die kein EPA abschließen möchten, im

Jahr 2006 handelspolitische Alternativen zu bieten. Damit für diese Staaten eine echte Wahlmöglichkeit besteht, müssen sinnvolle Alternativen ohne weitere Verzögerung gemeinsam mit den AKP-Staaten entwickelt werden.

Bisher hat sich die EU dem widersetzt. Der verantwortliche EU-Handelskommissar Peter Mandelson war bereits im Mai negativ aufgefallen, weil er mit Hilfe seiner persönlichen Kontakte zum britischen Premierminister Tony Blair direkten Einfluss auf die kritische britische Regierungsposition zu EPAs nehmen wollte. Mit einer Art Rechtsgutachten, das die britische Hilfsorganisation ActionAid erstellen ließ, wird Mandelson nun verstärkt unter Druck gesetzt: Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die EU bei einer Verzögerung der Entwicklung von Alternativen, die eindeutig auf Armutsreduzierung ausgerichtet sein müssen, möglicherweise Vertragsbruch gemäß dem Cotonou-Abkommen begeht.

Anfang September hat ActionAid eine neue Studie veröffentlicht, die sich mit Alternativen zu EPAs beschäftigt. Mitte Oktober wird die KOSA gemeinsam mit den Kooperationspartnern der deutschen StopEPA-Kampagne eine Fachtagung zum Thema „Alternativen“ durchführen. Weitere Informationen: http://www.actionaid.org.uk/media/images/trade_escape.pdf http://www.actionaid.org.uk/media/images/legal_advice.pdf

Dieter Simon



StopEPA bei McPlanet.com in Hamburg: Klaus Schilder, Dieter Simon und Tobias Hauschild

Kredit Südafrikas an Zimbabwe umstritten

Zimbabwe hat alle möglichen Kreditgeber angegangen, um eine Anleihe des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 295 Millionen US-Dollar zurückzahlen zu können. Nur Rückzahlung kann einen Ausschluss von weiterer IWF-Unterstützung verhindern. Eine Milliarde wurde bei der südafrikanischen Regierung erbeten; die Hälfte hat diese immerhin in Erwägung gezogen - unter der Voraussetzung, dass sich Zimbabwe auf ein Reformpaket verpflichtet, zu dem eine neue Verfassung und Wahlen gehören. Gegen den Kredit gibt es in Südafrika heftigen Protest sowohl seitens der oppositionellen Democratic Alliance als auch der mit dem ANC verbundenen Kommunistischen Partei. Kritik übten auch zahlreiche Zivil- und Menschenrechtsorganisationen. Ein unerwartet kleiner Erfolg beim Kreditbegehren gegen China, zweckgebunden für Nahrungsmittel und zehn Kampfjets, hatten die Anfrage an Südafrika unabdingbar gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob sich Präsident Mbeki seine Position des Lancierens gegenüber Mugabe auf dem Rücken der zwangsumgesiedelten und vertriebenen Zimbabweer weiterhin leisten wird. *Christoph Beninde*

Regierung bekämpft Arme

In Zimbabwe hat eine offiziell gegen Kriminalität und Schwarzmarkt gerichtete "Säuberungsaktion" der Regierung Hunderttausende obdachlos gemacht und ihres Unterhalts beraubt. Tausende von Marktständen informeller Händlerinnen und Händler, später auch nicht genehmigte Anbauten an Häusern in den dicht besiedelten Stadtteilen und ganze Siedlungen wurden in Polizeiaktionen seit Mai zerstört, zigttausende Menschen festgenommen. In Bulawayo sind auch Selbsthilfeprojekte zerschlagen worden. Obdachlose werden auf offenen Lastwagen aus den Städten gebracht und in Lagern oder einfach in der Wildnis abgesetzt. Berichte und erste Bewertungen dieser "Operation Murambatsvina" hat das Zimbabwe-Netzwerk in einer Sonderbeilage zum Rundbrief veröffentlicht. Bezug: info@zimbabwenetzwerk.de

Wahrheit über tausend Verschwundene nicht erzählt

Der noch immer mehr als tausend Verschwundenen aus der Zeit der Apartheid wurde auf der Vlakplaas Farm in Ermasbia am "Tag der Verschwundenen" Anfang September gedacht. Die Gedenkfeier wurde an dem Ort abgehalten, der der Todesschwadron unter Führung der Polizeiobersten Eugene de Kock und Dirk Coetzee als Tatort für ihre Verbrechen diente. Yasmin Sooka, Vorsitzende der Stiftung Menschenrechte und ehemaliges Mitglied der Kommission für Wahrheit und Versöhnung, erinnerte daran, dass das "Geschäft" der Wahrheitskommission nicht abgeschlossen sei. Raul Makhubu, dessen Bruder und Vater aus dem Exil nicht zurückkehrten, nahm die südafrikanische Regierung weiter in die Pflicht: "Wir haben bisher keine tatkräftige Unterstützung von der Regierung erhalten, und deswegen können wir diese Sache auch nicht für erledigt erklären. Wir werden weiterhin an die Tür der Regierung klopfen, bis die Wahrheit erzählt ist".

Theo Kneifel

Polizei am Kap schoss auf Anti-Aids-Demonstranten

Die Provinzregierung des östlichen Kap will einen Vorfall in Queenstown untersuchen lassen, wo die Polizei in eine Demonstration gegen die Aidspolitik geschossen und dabei mindestens 40 Menschen verletzt hat. Die Treatment Action Campaign (TAC), die zu der Protestaktion aufgerufen hatte, beschuldigte die Polizei des brutalen Vorgehens gegen unbewaffnete Demonstranten, die gegen das zu langsame Verteilen von Anti-Aids-Medikamenten protestierten. Von den 40 Verletzten seien jedenfalls zehn selbst mit dem HI-Virus infiziert. Das Krankenhaus in Queenstown behandle nur 200 Aidspatienten, zehnmal so viele seien bedürftig. Der Sprecher der Gesundheitsbehörde am östlichen Kap Sizwe Kupelo rechtfertigte die Entscheidung, die Polizei zu holen, weil die Protestierenden auch Stunden nach Übergabe ihres Memorandums das Krankenhausesgelände in Queenstown nicht hätten verlassen wollen. *(IRIN)*

Deutscher wegen nuklearer Zusammenarbeit vor Gericht

Das Gericht in Pretoria hat ein Verfahren gegen zwei Männer, die wegen Verletzung der Atomgesetze angeklagt sind, auf Oktober vertagt. Angeblich soll die Klage noch erweitert werden. Die beiden Angeklagten sind Daniel Geiges, ein 66jähriger Schweizer mit permanentem Wohnsitz in Südafrika, und der Deutsche Gerard Wisser, 65 Jahre alt und ebenfalls in Südafrika ansässig. Beide befinden sich gegen Kautions auf freiem Fuß. Ihnen wird vorgeworfen, in vier Fällen gegen das Gesetz zur Nuklearenergie und das Verbot der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verstoßen zu haben. Wisser besaß während der Apartheid eine Firma, durch die Maschinen an die südafrikanische Urananreicherungsanlage in Pelindaba geliefert wurden; Geiges arbeitete damals für ihn. Nach der Aufgabe des südafrikanischen Atomprogramms 1991 war Wisser an Lieferungen für das Libysche Urananreicherungsprogramm beteiligt. Diese Verbindungen wurden aufgedeckt, als Libyen sein Programm einstellte und sich einer Prüfung der Internationalen Atomenergiebehörde unterzog. Das eigentliche Verfahren soll in Pretoria im Februar beginnen. *(SAPA/Gottfried Wellmer)*

Verlust für Sambia bei Handel mit Europa als "Partner"

Sambia hätte durch ein ökonomisches Partnerschaftsabkommen (EPA) mit der Europäischen Union einen Verlust von etwa 15 Millionen US-Dollar an Zolleinnahmen zu verkraften. Die EU würde dagegen etwa 42 Millionen US-Dollar im Handel verdienen, sagte der sambische Minister für Handel und Industrie Dipak Patel bei der Vorstellung eines Handbuchs über das Cotonou-Abkommen im Juli in Lusaka. Das Handbuch soll die Auswirkungen des Abkommens für Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erklären. Patel rief die EU dazu auf, die Bedingungen für Sambia einfacher zu machen. Gegenseitigkeit bei den Bedingungen, wie es die EU wolle, sei für Sambia und andere Länder nicht durchführbar. *(The Post, Lusaka)*

Lage der Menschenrechte

Um die Dimensionen der Krise in Zimbabwe sowie die Lage der Menschenrechte geht es bei einem gemeinsamen Seminar der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, der Inisa und des Zimbabwe Netzwerks vom 23. bis 25. September in Bad Urach. Zu den Referenten gehören Goswin Baumhögger vom Institut für Afrikakunde, Wiep Bassie von NiZA in Amsterdam und Wilfried Mbannga, der in London den "Zimbabwean" herausgibt. Informationen: zimbabwe-netzwerk@aol.com

Skulpturen aus Zimbabwe

Bis zum 28. September 2005 sind im World Trade Center in Bremen mehr als 200 moderne Skulpturen aus Zimbabwe ausgestellt. Den Werken international anerkannter Künstler werden Arbeiten junger Bildhauer, die in Harare kürzlich preisgekrönt wurden, gegenüber gestellt. Zwei von ihnen, Itai Nyama und Tutani Mbagazi, lassen sich in Bremen über ihre Kunst befragen. Mit dem Verkauf der Skulpturen wird der nächste Wettbewerb in Harare finanziert. Informationen: Kristin Diehl, Tel. 0160-95219834

Expertentagung über EPAs

"Freihandel im Dienst der Armutsbekämpfung? Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und ihre handelspolitischen Alternativen" ist eine Expertentagung vom 21. bis 22. Oktober in Bonn überschrieben. Auf Einladung von KOSA und anderen nehmen auch Gäste aus dem südlichen Afrika teil. Nichtregierungsorganisationen wollen am zweiten Tag alternative Strategien entwerfen. Informationen: www.stopepa.de

Religion in Mosambik

"Mehr als nur Gebete?! - Armutsbekämpfung und Religion in Mosambik" heißt ein Seminar des Koordinierungskreises Mosambik vom 11. bis 13. November in Bielefeld. Es geht um die Rolle traditioneller Glaubenssysteme und religiöser Institutionen für die Entwicklung. Dabei soll auch auf die Aidsprävention eingegangen werden. Informationen: kkm@kkmosambik.de



Entwicklungsziele gefährdet

Im südlichen Afrika ist das Erreichen der Millenniumsziele bis 2015 gefährdet. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue KOSA-Studie von Frank Kürschner-Pelkmann. Die Regierungschefs der UN-Mitgliedstaaten hatten im Jahre 2000 vereinbart, bis 2015 den Anteil der Armen an der Bevölkerung zu halbieren und weitere Entwicklungsziele zu erreichen. Die Studie stellt dar, wie weit die 13 SADC-Mitgliedsländer die einzelnen Ziele bereits verwirklicht haben. Es wird deutlich, dass die konzentrierte Politik von Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation ein großes Hindernis für das Erreichen der Ziele ist. Liberalisierung, Privatisierung und Verminderung der Staatsausgaben treffen die arme Bevölkerung hart. Um die Millenniumsziele zu erreichen, ist eine grundlegend andere Politik der drei internationalen Organisationen erforderlich, ebenso eine Neuorientierung der westlichen Entwicklungspolitik. Titel der Studie ist ein Satz von Kofi Annan: "Noch haben wir Zeit, die Ziele zu erreichen". Die Studie kostet 4,50 Euro und kann in der KOSA-Geschäftsstelle bestellt werden.

Im Inneren der Globalisierung

Um psychosoziale Arbeit in Gewaltkontexten geht es in der Veröffentlichung von medico international mit Texten u.a. aus Palästina, Nordirland und Südafrika. Sie kostet 12 Euro und ist unter www.medico.de zu bestellen.

Wasserversorgung erörtert

KOSA hat alle Vorträge der internationalen Konferenz "New Strategies in the Pipeline" über die Kommerzialisierung der Wasserversorgung in englischer und deutscher Sprache dokumentiert. Auch das Redemanuskript der abwesenden südafrikanischen Ministerin für Wasser und Forsten Buyelwa Sonjica, die von Denis Goldberg vertreten wurde, ist abgedruckt. Die Dokumentation umfasst 83 Seiten und ist für drei Euro bei KOSA erhältlich.

Über Mosambik unterrichten

Für die 4. bis 7. und die 7. bis 10. Klasse hat der Koordinationskreis Mosambik neue Unterrichtsmaterialien herausgebracht: Unter den Überschriften "Ola, ich bin Cidalia aus Mosambik" und "Passar Fronteiras - über Grenzen hinweg nach Mosambik" werden zwei Mappen mit Texten, Aufgaben und praktischen Arbeitsanregungen angeboten. Sie behandeln Themen aus Leben und Alltag, Politik und Geschichte, Bildung und Kunst. Für jeweils vier Euro können sie beim Koordinationskreis Mosambik (KKM) bezogen werden, Tel. 0521-124742.

Schüler stellen Fotos aus

Die Ausstellung "Venha ver o mundo - Komm ich zeig dir meine Welt", Ergebnis eines Schulprojekts, mit elf Tafeln über Wasser und Müll kann beim KKM ausgeliehen werden.

Herausgeber

Koordination Südliches Afrika KOSA e.V.
August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org ... www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout
Sigrid Thomsen

Redaktionsschluß 01.09.2005

Druck KDR, Bielefeld